



Bialystoker Zeitung

Organ des Soldatenrates

Ercheint täglich. — Bezugspreis: Abgeholt bei der Geschäftsstelle monatlich 1.50 Mark; durch die Post bezogen 4.95 Mark vierteljährlich außer Bestellgeld.

Schriftleitung: Alexanderstraße 8/10. Geschäftsstelle: Nikolaistraße 3.

Bestellungen nehmen sämtliche Reichs- und Feldpostämter entgegen. Feldabonnements 1.15 Mk. einschl. Porto, von der Expedition — abgeholt 1 Mark. —

Der bolschewistische Kommunismus bankerott.

Wolffmeldung.

London, 26. Januar.

Bis jetzt ist noch keinerlei Antwort auf die Einladung der assoziierten Mächte zu der Konferenz auf den Prinsenzinseln eingetroffen.

Die Blätter melden, daß Präsident Wilson keine russische Regierung anerkennen werde, die die ausländischen Schulden nicht akzeptierte.

Der Helsingforsker Korrespondent der „Daily Mail“ drahtet einen Auszug aus den letzten Reden, die Lenin und Trozki vor dem Zentralsowjet in Moskau gehalten haben. Diese Reden kommen ziemlich dem Bekenntnis gleich, daß der Kommunismus Bankerott gemacht habe, denn die beiden Bolschewisten sprechen ungeschweht aus, daß sie vor allem in finanzieller Hinsicht und in der Lebensmittelversorgung die Zeit für gekommen halten, sich die sachverständige Mitarbeit des Mittelstandes zu sichern. Eine ähnliche Bitte um Unterstützung haben sie an die Intellektuellen gerichtet, die nach Lenins Auffassung sowieso außerhalb des Bürgerkrieges stehen. Aber die auswärtige Politik sagte Trozki, daß die Sowjetregierung unter gewissen Umständen bereit sei, ihre internationalen Ziele für die Anerkennung des Grundgesetzes „Rußland für die Russen“ aufzugeben.

Im Widerspruch dazu steht jedoch ein Petersburger Funkanspruch, an die Telegraphenbureaus und „an alle“ gerichtet. Er fordert im Namen der russischen bolschewistischen Organisationen die Einberufung des ersten Kongresses der neuen revolutionären Internationale.

Die militärische Lage ist für die Bolschewiki, wie der „Deutschen Tageszeitung“ aus Stockholm gemeldet wird, seit ihrer schweren Niederlage an der Westfront sehr betrüblich geworden. Das bolschewistische Hauptquartier ist nach Nowgorod verlegt. Der militärische Befehlshaber hat von Trozki Anweisung erhalten, die Stadt gegebenenfalls ohne Kampf zu übergeben. Die Räumungsarbeiten sind seit acht Tagen in vollem Gange. Alle Vorräte sind bereits nach anderen Orten geschafft worden.

Die polnische Regierung hat in den letzten Tagen in Warschau Massenverhaftungen vorgenommen, um die sich immer mehr ausbreitende bolschewistische Bewegung gewaltsam zu unterdrücken. Das in Warschau erscheinende bolschewistische Organ ist verboten worden. Die polnischen Zeitungen stellen fest, daß die Umsturzpartei mit ungewöhnlich großen Mitteln arbeitet.

Die von der polnischen Regierung nach Paris entsandte Sonderkommission hat die alliierten Mächte um militärische Unterstützung im Kampf Polens gegen den Bolschewismus ersucht und darauf hingewiesen, daß eine weitere Ausdehnung des Bolschewismus nur durch eine gemeinsame Aktion aller Mächte verhindert werden könne.

Aus Helsingfors wird gemeldet: Die Truppen der 3., 4. und 5. Sowjetarmee sind bei Perm von den sibirischen Truppen unter Kolschak, der die Vereinigung mit der Nordarmee bei Wologda anstrebte, vernichtend geschlagen worden. Der Fall Wologda wird baldigst erwartet. Denikin rückt im Nordkaukasus vor. Die von der Sowjetregierung neu eingezogenen Jahrgänge sind wegen schlechter Ernährung unzuverlässig. Reserven sind nicht vorhanden. Die Unruhen in Petersburg, insbesondere Ausschreitungen der Arbeiterfrauen, dauern fort. Der Stab der 7. Armee ist von Nowgorod nach Pleskau übergesiedelt, um die Operationen im Baltikum zu leiten.

Der ukrainische Pressedienst meldet aus Kiew: Der Zentralkrat des deutschen Soldatenrates in Kiew antwortete der Sowjetregierung, in der Ukraine sei keine russische weiße Garde und würde dort auch keine Unterstützung finden. Der deutsche Soldatenrat lebe zwar in Eintracht mit der ukrainischen Bevölkerung, könne jedoch einen politischen Standpunkt in einem Lande nicht einnehmen, das die deutschen Soldaten als Freunde herbeigerufen habe, jetzt aber mißachte. Dem Blatt „Ukraine“ zufolge erklärte Pichon, der Verband müsse in der Ukraine die Stellung der Deutschen einnehmen, um ihr die Möglichkeit zur Bildung eines Heeres gegen die Bolschewiki zu geben.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt eine Pariser Meldung, daß eine Abordnung von Polen

aus Litauen angekommen ist. Sie besteht aus Vertretern des polnischen Komitees in Wilna, des polnischen Rats aus Weißrußland und des litauischen Komitees zu Warschau. Die Abordnung beabsichtigt, die Interessen der polnischen Bevölkerung in Litauen und Weißrußland zu schützen und in erster Linie die Hilfe der Entente gegen die Bolschewikihorden zu erhalten, die in ihr Land einbringen.

Keine Abtretung deutschen Landes.

Wolffmeldung.

Berlin, 26. Januar.

Auf die außerordentlich zahlreichen Proteste gegen Abtrennung deutscher Landstrecken vom Reich unter Überschreitung des Wilsonschen Programms erklärt die deutsche Reichsregierung nochmals, daß sie nach wie vor an ihrer rückhaltlosen Zustimmung zu den Wilsonschen Programmpunkten festhalte, daß sie aber auch deren Verwirklichung dem Friedenskongreß vorbehalten sehen will und infolgedessen gegen eine Vorwegnahme der Entscheidungen dieses Kongresses oder gegen eine willkürliche Entscheidung des Nationalitätenprinzips sich sehr entschieden wehren wird. Sie wird Wilson, der eine angebliche Hilfslosigkeit des Reiches mißbrauchen will, den Beweis liefern, daß er sich geirrt hat.

W. T. B. schreibt: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, liegen der Reichsregierung zahlreiche Eingaben aus deutsch-litauischen Kreisen vor, die ganz entschieden gegen die weitgehenden Ansprüche der litauischen Regierung Stellung nehmen und unbedingt dem Wunsche Ausdruck geben, beim Deutschen Reiche zu verbleiben.

Eine Besprechung der Posener Polen mit dem preußischen Ministerium hat noch nicht stattgefunden. Die preußische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sie in Anbetracht der Lage keine Veranlassung hat, in dieser Angelegenheit die Initiative zu ergreifen, daß sie aber jeder Anregung von der andern Seite gern Folge geben wird, vorausgesetzt, daß bei solcher Verhandlung nicht Einzelfragen, sondern der ganze Komplex der zwischen dem preußischen Volke und den Polen zu lösenden Konflikte zur Sprache kommt. Bisher ist nur über die Freilassung der gegenseitig festgesetzten Geiseln gesprochen worden.

Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, sind die Tschechen nicht nur mit der Eroberung Oberbergs nahe an die Tür Oberschlesiens herangerückt, sondern haben den militärischen Gürtel auch um Graz, Waldenburg und Riesengebirge näher an die Grenze Schlesiens herangelegt. Grünthal und Neuwelt im Riesengebirge sind von ihnen besetzt worden. Besonders bedroht ist die Grafschaft Glatz. Nach zuverlässigen Nachrichten von jenseits der Grenze besteht bei den Tschechen der Plan, das Grazer Land in drei Richtungen anzugreifen, 1. von Jauernick, 2. über Mittelwalde und 3. von Braunau aus. Auch gegen Sachsen sind Unternehmungen vorbereitet.

Mißglückter Anschlag auf Scheidemann.

Eigener Drahtbericht.

Frankfurt a. M., 26. Januar.

Gegen Scheidemann, der vor einigen Tagen in Kassel zu seinen Wählern sprach, ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ jetzt mitteilt, von den Spartakisten ein Anschlag auf der Eisenbahn geplant gewesen. Diesem konnte Scheidemann nur dadurch entgehen, daß das Zugpersonal zwei Umleitungen auf offener Strecke vornahm.

Rücktritt der türkischen Regierung.

Eigener Drahtbericht.

London, 24. Januar.

„Central News“ melden aus Konstantinopel, daß die türkische Regierung zurücktrat. Man erwartet, daß Tewfik Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das eine große Zahl von Gegnern des Komitees für Einheit und Fortschritt aufgenommen werden soll.

Nach einer Depesche der „Neuen Freien Zeit“ sollen die Geheimverträge der Entente, soweit sie den 14 Punkten Wilsons widersprechen, für ungültig erklärt werden.

Die Gebietsfragen an der Pariser Vorkonferenz.

Wolffmeldung.

Paris, 26. Januar.

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Präsident der Vereinigten Staaten und die Ministerpräsidenten und Außenminister der Vereinigten Staaten, des britischen Reiches, Frankreichs und Italiens und die Vertreter Japans traten am Nachmittag von 3 bis 5,15 Uhr im Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen. Es wurde die Entsendung einer Mission der alliierten und assoziierten Großmächte nach Polen erörtert und dann beschlossen, daß Pichon Anweisungen ausarbeite und sie den Vertretern der Mächte zur Genehmigung unterbreiten solle. Ferner wurde beschlossen, für jede der fünf Großmächte einen Friedenskonferenzvertreter zum Eintritt in die Mission zuzulassen. Sodann wurde die Frage der Gebietsansprüche in Verbindung mit der Eroberung der deutschen Kolonien erörtert. Der Premierminister von Kanada, Borden, General Smuts in Vertretung des Premierministers von Südafrika, General Botha, und der Premierminister von Neuseeland, Massey, legten die besonderen Interessen der betreffenden Dominien in bezug auf diese Fragen dar.

Die Mission für Polen wird, wie Havas meldet, Ende nächster Woche abreisen und sich vier Tage in Danzig aufhalten. Der französische Botschafter ist noch nicht ernannt, militärischer Vertreter wird General Wiffel sein, der schon mit an der Aufgabe für Rußland betraut worden war. Die Friedenskonferenz begann die Prüfung der territorialen Angelegenheiten und hörte bezüglich der deutschen Kolonien den Vertreter der britischen Besetzungen an, der heute nur über die pazifischen Inseln sprach und kommende Woche die Frage anläßlich der Besprechung der deutschen Kolonien in Afrika ausführlich behandeln wird.

Bei den Verhandlungen über die Kolonien erhob, nach einer „Times“-Meldung, Smuts im Namen der Südafrikaner Anspruch auf Deutsch-Südwest-Afrika. Aber diesen Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen. Großbritannien ist bereit, sich für Togo, Kamerun und Ostafrika mit einer Form von Internationalisierung zu begnügen. Infolgedessen braucht man nur noch darüber zu verhandeln, was mit den Samoa-Inseln und den pazifischen Inseln geschehen soll. Japan hat vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß für die Zuteilung dieser Inseln der Äquator als südliche Grenzlinie festgesetzt werden soll. In diesem Falle würde Japan die Karolinen und die Marshallinseln erhalten.

Die britischen Delegierten der Friedenskonferenz sind, wie Reuters aus Paris meldet, bereit, solche Probleme, die die Zukunft Mesopotamiens, Palästinas und der deutschen Kolonien betreffen, an den Völkerbund zu verweisen, sobald dieser zustande gekommen ist, damit sie nicht die Zeit der Friedenskonferenz in Anspruch nehmen. Daraus geht hervor, daß die Briten keine territorialen Forderungen aufzustellen beabsichtigen, die mit den Grundsätzen des Völkerbundes unvereinbar seien.

Reuters Sonderkorrespondent berichtet: Der letzte Gegenstand ist die Frage der internationalen Häfen, Flüsse und Eisenbahnen. Dabei liegt die Absicht vor, den neuen Nationen, z. B. Polen, der Tschecho-Slowakei, Ungarn usw., die keine Seegrenze haben, Gelegenheit zu schaffen, ihren Handel zu entwickeln. Wenn Danzig z. B. deutsch bleiben soll, dann müssen die Polen eine freie Verwendung des Hafens für ihren Handel erhalten, ohne durch Einfuhr- oder durch andere Zölle behindert zu werden, welche durchaus den prinzipiellen Anteil an den Hafenkosten überschreiten. Saloniki soll in gleicher Weise für die Serben, Fiume für die Ungarn offenstehen. Der Bosphorus und die Dardanellen, so wird vorgeschlagen, sollen unter internationaler Aufsicht stehen.

Verschiedene Vorschläge für die Internationalisierung von Eisenbahnstrecken, wie der Bagdadbahn, und internationaler Flüsse, wie Rhein und Donau, werden studiert. In allen Fällen sollen Flüsse und Eisenbahnen, an denen mehr als eine Nation interessiert ist, unter internationale Aufsicht gestellt werden. Die Abordnung der Kommission ist, daß keine Nation vom Meer abge-

Waffen werden soll und der Handel keiner Nation über eine fremde Grenze läuft.

Der Text des Aufrufs der Friedenskonferenz, gegen jedes gewaltsame militärische Vorgehen protestiert und der erklärt, daß die Friedenskonferenz keine gewaltsamen Eroberungen anerkennen werde, ist, wie dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt wird, von Wilson verfaßt worden. Der Aufruf richtet sich vor allem an die alliierten Nationen und soll eine Warnung für Polen und die Jugoslawen sowie für die Tschecho-Slowakei sein. Auch dieses neue Wilsonsche Dokument wird von der Pariser Presse mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Auch eine Havasnote gibt zu, daß sich die Warnung in erster Linie gegen die Polen richtet. Es heißt darin: „Die Erklärung bezieht sich in erster Linie auf Polen, das sich mit dem Kampf gegen die Bolschewiki nicht begnügt, sondern seine Truppen auch gegen die Deutschen und gegen die Estländer schickt und außerdem noch die Tschecho-Slowaken und Balkanlawen belästigt.“

Auch der Pariser Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet, die Warnung der Konferenz werde in zahlreichen Fällen Anwendung finden und könne zur Wiederherstellung der Ruhe im Osten sehr viel beitragen. Der Text sei zwar von Wilson aufgesetzt worden, decke sich aber vollständig mit dem Standpunkt der Franzosen.

Eröffnung des ukrainischen Kongresses.

Wolffmeldung.

Kiew, 24. Januar

Von kleineren bolschewistischen Unruhen abgesehen, die rasch unterdrückt werden, ist es ruhig. Die Ministerkrise ist bis zum Zusammentritt des Kongresses des werktätigen Volkes vertagt. Die Wahlen zum Kongress haben eine große Mehrheit der Partei der ukrainischen Sozialrevolutionäre ergeben, dagegen nur wenige Bolschewisten und linke Sozialrevolutionäre.

Der Kongress wird heute eröffnet. Gleichzeitig soll die förmliche Proklamierung der Ukraine und Galiziens erfolgen. Poltawa ist wieder in den Händen des Direktoriums. Auch die Wiedereinnahme von Char'kow wird erwartet. Eine allgemeine Mobilisierung ist nicht erfolgt. Nach einer Mitteilung des Außenministers wird die förmliche Anerkennung des

Direktoriums durch die Entente erst auf dem Friedenskongress erfolgen.

Die Presse spricht sich für eine Bündnispolitik mit dem tschachischen Staat, Serbien und Bulgarien aus. In Verbitshew, Shtomir und einigen anderen Orten haben Judenpogrome stattgefunden.

Vor blutigen Ereignissen in Oporto.

Wolffmeldung.

London, 25. Januar.

Reisende aus Oporto teilten Reuter zufolge mit, daß ein Flugzeug, das sich über der Stadt bewegte, Proklamationen abwarf, worin die Fremden aufgefordert werden, die Stadt zu verlassen, um nicht das Opfer des zu erwartenden Blutbades zu werden.

Großer Arbeitsmangel in Wien.

Eigener Drahtbericht.

Berlin, 25. Januar.

In Wien fand, wie der „Vorwärts“ meldet, gestern nachmittag eine große Arbeitslosenversammlung statt. Es wurden heftige Reden gehalten, in denen eine Tagesunterstützung von mindestens 15 Kronen gefordert wurde. Wenn sie nicht gewährt würde, so würden die Arbeitslosen von Palais zu Palais ziehen und sie sich holen.

Vor dem Zusammentritt der Internationale.

Wolffmeldung.

Bern, 25. Januar.

Die Eröffnung des Berner Sozialistenkongresses ist auf den 3. Februar festgesetzt. Der bairische Ministerpräsident Kurt Eisner trifft am 27. Januar in Bern ein, um am Sozialistenkongress teilzunehmen. Die sozialistischen Blätter in Paris klagen darüber, daß den amerikanischen und spanischen Delegierten für die internationale Sozialistenkonferenz die Pässe verweigert worden sind.

Sozialisierungsbestrebungen im Ruhrgebiet.

Wolffmeldung.

Essen, 25. Januar.

Nachdem einen Tag lang auf allen Zechen gearbeitet worden war, wird heute wieder auf einzelnen Zechen gestreikt. In der Zeit vom 2. Dezember bis zum

20. Januar sind infolge der Ausstände auf 111 Zechenanlagen des Ruhrreviers insgesamt 60 000 Schichten ausgefallen, was einen Förderausfall von 450 000 Tonnen zur Folge hatte.

Die Sozialisierungsbestrebungen nehmen dabei ihren Fortgang. Gestern wurden auf den Zechen der Gewerkschaft Deutscher Kaiser Gewerkschaftsräte gewählt. Morgen soll dies in Duisburg-Melderich geschehen. In Dinslaken haben die Räte bereits die Betriebsleitungen zum Teil abgesetzt und zum Teil durch andere ersetzt. Auch das Fahrsteiger- und Fahrhauerigitem hat man abgeschafft und eine Neuregelung der Reviere vorgenommen.

London, 24. Januar. W. T. B.

Die Gesetzentwürfe betreffend Bewilligung von 100 Millionen Dollar für die Versorgung Europas und des nahen Ostens mit Lebensmitteln ist, wie Reuter aus Washington meldet, jetzt auch vom Senat angenommen worden.

Hauptdrucker: G. P. G.

Druck und Verlaag der „Bialystoker Zeitung“.

Sägewerk Zielona b. Bialystok

verkauft:

Bretter und Bohlen in allen Stärken,

Ranthölzer, 2735

starke Schwarten als Brennholz,

Rundholz in kleinen und großen Mengen.

Eine Briefftasche verloren

enthaltend: Zwei Scheine Kerenski-Banknoten à 250 Rbl., einen 100-Rubelschein Ostgeld, auf 1000 Rbl.-Wechsel mit russischen Unterschriften, „Moses Kulesch“ und zwei Quittungen mit jüdischer Unterschrift, „Leib Kulesch“. Der Finder wird gebeten, dieselbe bei Moses Kulesch, Neue-Welt-Straße 28, abzugeben. 2738

Gazeta Białostocka

Wychodzi codziennie. — Abonament wynosi: przy odbiorze w ekspedycji 1,50 mk. miesięcznie; na poczcie 4,95 mk. kwartalnie, wyłącznie opłaty za dostawienie. Zamówienia — — — przyjmują wszystkie poczty państwowe. — — —

Redaktor naczelny: G. Lutz.
Redakcja: Aleksandrowska 8/10.

Ekspedycja: Mikołajewska 3.

Drukem i nakładem „Gazety Białostockiej”.

Ceny ogłoszeń: wiersz sześciolamowy, petitowy 25 fen. Ogłoszenia mieszkalne i poszukiwania posad 15 fen. Przy powiższych i większych zamówieniach obniża się ceny. Przyjmowanie ogłoszeń z zastrzeżeniem cenzuralnym w ekspedycji przy Mikołajewskiej 3 i we wszystkich eksped. anonsowych.

Ze wstępnej konferencji w Paryżu.

Doniesienie Biura Wolffa.

Paryż, 25. stycznia.

Urzędowo komunikują: Prezydent Stanów Zjednoczonych, prezesowie ministrów i ministrowie spraw zagranicznych Stanów Zjednoczonych, państwa brytyjskiego, Francji i Włoch jak też przedstawiciele Japonii, zebrałi się o godzinie 3 aż do 5, 15 przy Quai d'Orsay na posiedzenie. Roztrząsano kwestję wysłania misji aliantów i sprzymierzonych wielkich państw do Polski, a potem postanowiono aby wskazówki Pichona zostały opracowane, i przedłożone przedstawicielom państw do uznania ich. Postanowiono dalej, aby z każdego z pięciu wielkich państw dopuszczono jednego z przedstawicieli na konferencji pokoju do wstąpienia do misji. Potem omawiano sprawę żądań ziemi wraz ze zdobyciem kolonii niemieckich. Prezes ministrów Kanady Bordem, generał Smuts w zastępstwie prezesa ministrów Afryki południowej, generał Botha i prezes ministrów Nowej Zelandji, Massay przedłożyli szczególne interesa wymienionych dominji względem tej kwestji.

Misja do Polski wyjedzie jak donosi Hawas przy końcu przyszłego tygodnia i zatrzyma się cztery dni w Gdańsku. Francuski przedstawiciel cywilny nie został jeszcze mianowany, wojskowym przedstawicielem będzie generał Wissel, któremu powierzono też już zadanie względem Rosji. Konferencja pokojowa rozpoczęła badania spraw terytorjalnych i wysłuchała co się tyczy kolonii niemieckich przedstawiciela własności brytyjskich, który mówił dziś tylko o wyspach pacyficznych, a na przyszły tydzień wyłoży dokładnie kwestję tyczącą się omówienia sprawy kolonii niemieckich w Afryce.

Podczas obrad wczorajszych w kolonjach zażądał, jak donosi komunikat Times'a, Smuts w imieniu południowych afrykanów niemieckiej Afryki południowo-zachodniej. Pod tym względem panuje zupełna zgoda. Wielka Brytania gotowa jest zadowolnić się Togieni, Kamerunem i Afryką Wschodnią z formą umiędzynarodowienia. Wskutek tego trzeba będzie jeszcze obradować nad tem co uczynić z wyspami Samoa i wyspami pasyficznymi. Japonia zaproponowała niedawno, aby dla przyłączenia tych wysp ustanowiono ekwator, jako południową linię graniczną. W tym wypadku otrzymałaby Japonia Karolizy i wyspy Marsehall.

Delegaci brytyjscy konferencji pokojowej gotowi są, jak donosi Reuter z Paryża, oddać w ręce związku narodów takie zadania jak przyszłość Mezopotamji, Palestyny i kolonii niemieckich, gdy tylko tenże do skutku, aby nie zabierać zbyt wiele czasu konferencji pokojowej. Z tego wynika, że Brytyjczycy nie zamierzają stawiać żądań terytorjalnych, które z zasadami związku narodów zupełnie się zgadzają.

Treść odezwy konferencji pokojowej protestująca przeciwko wszelkiemu zbrojnému wystąpieniu, oświadcza, że konferencja pokojowa nie uznaje żadnych zdobytych gwałtem, ułożoną została jak donosi „Berliner Tageblatt” przez Wilsona. Odezwa zwraca się głównie do wszystkich sprzymierzonych nardów i ma być ostrzeżeniem dla polaków i jugo-słowian jak też czechosłowian. I ten nowy dokument Wilsona przyjęty został przez prasę francuską z mieszanymi uczuciami. Jedną z not Hawasa przyznaje także, że ostrzeżenie te skierowane głównie do polaków. Brzmi ono: „Oświadczenie tyczy się przedewszystkiem polaków, którzy nie zadawalniają się walką z bolszewikami, lecz wysyłają swe wojska także przeciwko Niemcom i estończykom, a oprócz tego zaczepiają jeszcze czechosłowaków i słowian bałkańskich”.

Paryski korespondent „Allgemeen Handelsblad” donosi także, że ostrzeżenie konferencji zastosowane będzie w licznych wypadkach i przyczynić się będzie mogło w znacznej mierze do powrócenia spokoju i porządku. Treść ułożył wprawdzie Wilson, lecz zgadza się ona w zupełności z punktem widzenia francuzów.

Specjalny korespondent Reutera donosi z konferencji pokojowej w Paryżu: Ostatnim tamatem jest kwestja międzynarodowych portów, rzek i kolei. Zamierza się przytem danie możności nowym państwom jak n. p. Polsce, Czechosłowacji, Węgrom i t. p. które nie posiadają granic morskich rozwinięcia ich handlu. Jeśli Gdańsk pozostać ma w rękach niemieckich, to polacy

otrzymać muszą swobodne posługiwanie się tym portem dla owego handlu, żadne cła dowozowe nie mogą stać im na przeszkodzie i nie mogą ponosić innych kosztów jak zasadniczy udział przy utrzymaniu portu. Saloniki w podobny sposób otwarte mają być dla serbów a Fiume dla węgrov. Bosfor i Dardanele proponują, otrzymać mają międzynarodowy nadzor.

Rozmaite proekty dla umiędzynarodowienia rzek, jak Rena i Dunaj są obecnie badane. We wszystkich wypadkach mają rzeki i koleje, w którym chodzi więcej niż jednemu narodowi otrzymać mają nadzór międzynarodowy. Zamiarem komisji jest, aby żaden naród nie był odcięty od morza i aby handel żadnego kraju nie przechodził obcych granic.

Walki z bolszewizmem.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 25. stycznia.

Dotychczas nie otrzymano jeszcze na wyspach Książących żadnej odpowiedzi na zaproszenie państw sprzymierzonych na konferencję.

Gazety donoszą, że prezydent Wilson nie uzna żadnego rządu rosyjskiego, który nie zaakceptuje długów zagranicznych.

Helsingforski korespondent Daily Mail telegrafuje streszczenie ostatnich mów wygłoszonych przez Lenina i Trockiego przed centralnym sowjetem w Moskwie. Mowy te są zeznaniem, że komunizm zbankrutował, gdyż obaj bolszewicy otwarcie powiadają, iż przedewszystkiem pod względem finansowym i żywnościowym uważają, że nadszedł czas zapewnienia sobie współpracy ludzi kompetentnych u stanu średniego. Podobną prośbę o pomoc skierowali oni do intelektualnych, którzy wedle zdania Lenina i tak nie biorą udziału w wojnie domowej. O polityce zagranicznej powiada Trocki, że rząd sowjetów gotów jest w danym razie ustąpić od swych międzynarodowych celów i przyznanie zasady „Rosja dla Rosji”.

Nie zgadza się jednak z powyższym telegramem iskrowym biura telegraficznego skierowany „do wszystkich”. Wzywa on w imieniu rosyjskiej bolszewickiej organizacji zwolnienia pierwszego kongresu nowej rewolucyjnej międzynarodówki.

Położenie wojskowe jest dla bolszewików, jak donoszą ze Stokholmu do „Deutschen Tageszeitung” od czasu ich ciężkiej porażki doznanej na froncie Permskiem bardzo smutne. Główna kwatera bolszewików przeniesiona została do Nowgorodu. Dowódca wojskowy otrzymał od Trockiego rozkaz oddania w danym razie miasta bez walki. Prace uprzążające dokonywane są pospiesznie już od tygodnia. Wszystkie zapasy przewieziono już do innych miejscowości.

Rząd polski dokonał w ostatnich dniach w Warszawie tłumnych aresztowań aby gwałtem sfłumić co raz bardziej rozszerzający się ruch bolszewicki. Zabroniono wydawnictwa wychodzącego w Warszawie organu bolszewickiego. Gazety polskie stwierdziły, że partja przewrotowców posługuje się niezwykle środkami.

Wysłano do Paryża przez rząd polski specjalna komisja zwróciła się do państw sprzymierzonych o pomoc wojskową w walce przeciwko bolszewikom i zaznaczyła, że dalszemu rozprzestrzenieniu się bolszewizmu zapobiedz może tylko wspólne wystąpienie wszystkich państw.

Wielkie bezrobocie w Wiedniu.

Doniesienie Biura Wolffa.

Berlin, 25. stycznia.

W Wiedniu odbyło się wczoraj, jak donosi Vorwärts, wielkie zebranie bezrobotnych. Wygłaszano gwałtowne mowy, w których żądano dziennej zapomogi najmniej 15 koron. Jeśli nie zostanie udzieloną, to ludzie pozbawieni pracy chodzić będą od pałacu do pałacu i sami sobie ją wezmą.

Ustąpienie rządu tureckiego.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 24. stycznia.

„Central News” donosi z Konstantynopola, że rząd turecki ustąpił. Oczekuje się, że Tewfik-pasza utworzy nowy gabinet, do którego przyjmie się wielką liczbę przeciwników komitetu jedności i postępu.

Położenie na Ukrainie.

Doniesienie Biura Wolffa.

Kijów, 24. stycznia.

Pomijając mniejsze rozruchy bolszewickie, które szybko są stłumione, na ngół panuje spokój. Kryzys ministrów odłożony został do chwili zebrania się kongresu rzemieślników. Wybory do kongresu wykazały dużą większość partji ukraińskich socjalrewolucjonistów, nie wielu za to bolszewików i socjalrewolucjonistów lewicy.

Kongres dziś zostanie otwartym. Równocześnie odbyć się ma uroczysta proklamacja Ukrainy i Galicji. Poltawa znajduje się znowu w rękach dyrektorjatu. Oczekuje się też odebrania Charkowa. Ogólna mobilizacja nie została przeprowadzoną. Wedle doniesienia ministra spraw zagranicznych formalne uznanie dyrektorjatu przez koalicję nastąpi dopiero na konferencji pokojowej.

Prasa przemuwienia za polityką związkową z państwem czeskim, Serbią i Bułgarią. W Berdyczewie, Zytomirzu i kilku innych miejscowościach odbyły się programy żydów.

Prezydent ukraiński donosi z Kijowa. Rada centralna niemieckiej rady żołnierskiej w Kijowie odpowiedziała rządowi sowietów, że na Ukrainie niema żadnej rosyjskiej białej gwardji i nie otrzymałoby tam też żadnej pomocy. Niemiecka rada żołnierska żyje wprawdzie zgodnie z ludnością ukraińską, nie może jednak zająć żadnego stanowiska politycznego w kraju, który wezwał żołnierzy niemieckich jako przyjaciół, a teraz nimi pogardza. Wedle pisma „Ukraine” oświadcza Pichon, że przymierze musi na Ukrainie zająć miejsce niemców, aby dać jej możliwość utworzenia wojska przeciwko bolszewikom.

Strejk w okręgu Rury.

Doniesienie Biura Wolffa.

Essen, 25. stycznia.

Gdy już przez cały dzień pracowano we wszystkich szachtach, ponownie dziś w niektórych zastrajkowano. W czasie od 2 grudnia aż do 20 stycznia w skutek bezrobocia w 111 kopalniach okręgu Rury, ogółem w 60,000 szachtach porzucono pracę co doprowadziło do ubytku 450,000 tonn węgla.

Dążenia socjalizowania trwają przytem wciąż jeszcze. Wczoraj obrano z cechu szychty „Deutscher Kaiser” radę cechową. Jutro uczynione ma to być w Duisburg-Meiderich. W Dinslaken rady usunęły częściowo kierownikow a część zastąpili innemi. Zniesiono też sztzygierów i system przodowników i dokonano wprowadzenia nowego systemu.

Krwawe dni w Oporo.

Doniesienie Biura Wolffa.

Londyn, 25. stycznia.

Przyjeźdźni z Oporo opowiadają, wedle Reutera, że z samolotu, który szybował nad miastem rzucano proklamacje w których wzywa się obcych by opuszczano miasto, aby nie paść ofiarą spodziewanej rzezi.

Londyn, 24. stycznia.

„Times” donosi z Paryża: Wniosek wydania cesarza Wilhelma zawiera takie zadanie dziewięciu wymienionych z nazwiska wspólników winy, między innymi są to Ludendorff, Tirpitz, Jago, niemiecki następca tronu i generał von Falkenhayn.

Berlin, 25. stycznia.

Wiadomość, że obrady z polakami odbyć się mają w Berlinie, nie sprawdza się.

Berlin, 24. stycznia.

Wedle Paryskiego doniesienia Havas wybory do izby franzuskiej odbędą się albo w czerwcu albo też w październiku.

Berlin, 25. stycznia.

Podczas ostatniego posiedzenia rady centralnej niemieckiej socjalistycznej republiki okazało się, że pruskie ministerstwo państwowe jednogłośnie występuje przeciwko podziałowi Prus.

Londyn, 24. stycznia.

Projekt prawdy tyczący się udzielenia 100 milionów dolarów dla zaopatrzenia Europy i blizkiego wschodu w żywność, został obecnie, jak donosi Reuter z Waszyngtonu, przyjętym przez senat.

